Die Welt - de

Print

Medientyp:	Tageszeitung	Gedruckte Auflage:	284.852
Veröffentlichungsdatum:	09.07.2013	Verkaufte Auflage:	208.208
Seite:	10	Verbreitete Auflage:	213.333
		Reichweite:	862.000

Lettland ermahnt die Euro-Zone

Das Neumitglied sparte sich aus einer tiefen Krise – und fordert dies nun auch von anderen

FLORIAN EDER

BRÜSSEL

Das künftige Euro-Mitglied Lettland bietet sich als Partner für den Konsolidierungskurs an. Der lettische Finanzminister Andris Vilks forderte die Regierungen der Währungsunion zum Kurshalten auf – und sieht sein Land als Vorbild für gelungene Sanierung durch Ausgabenkürzung und Strukturreformen: „Wir haben mehr getan als alle anderen Volkswirtschaften, Griechenland eingeschlossen“, sagte Vilks der „Welt“. „Das Konsolidierungsniveau Lettlands hat noch kein anderes Land erreicht.“ Er sieht noch Luft nach oben: Die Euro-Länder täten derzeit das Nötige – aber eben „manche besser, manche weniger gut“.

Mit dieser Ansage macht die Regierung des baltischen Landes deutlich: Sie will sich nicht unter die Sorgenkinder der Währungsunion einreihen. Vielmehr plädiert mit Lettland erstmals ein Euro-Land für einen harten Sparkurs, das sich über Ausgabenkürzungen und ohne Euro-Rettungsschirm selbst aus einer tiefen Schuldenkrise gearbeitet hat. Das wird die Kollegen aus Nordeuropa freuen, wo sich auch Deutschland ordnungspolitisch verortet. Die Euro-Finanzminister wollen bei ihrem Treffen in Brüssel formal die Aufnahme Lettlands zum 1. Januar 2014 beschließen – und von Griechenland mehr Anstrengungen fordern, die Krise selbst zu überwinden.

Lettland markierte im Jahr 2009 einen traurigen Spitzenwert: Die Wirtschaftsleistung brach um fast 18 Prozent ein, so tief wie nirgendwo anders in Europa. Drei Jahre später ist Lettland wieder Spitzenreiter, diesmal im Positiven, denn nirgendwo wuchs die Wirtschaft stärker als mit den 5,6 Prozent des baltischen Landes. Die rasche Erholung zeige, dass überall in Europa das Budgetdefizit sinken müsse, lobte EU-Währungskommissar Olli Rehn kürzlich. Das gilt vor allem in den Krisenländern. Die Troika der Geldgeber stritt bis kurz vor dem Finanzministertreffen mit Griechenland über Sparschritte. Sie verlangt etwa weiteren Personalabbau im öffentlichen Dienst, damit der nächste anstehende Teil der Kredite aus dem Hilfspaket ausgezahlt werden kann.

Es geht um 8,1 Milliarden Euro – und mit den griechischen Reformen eher langsam voran, so dass es zu Beginn des Treffens nicht entschieden war, ob die Minister den Grundsatz-Beschluss über die Auszahlung gleich treffen – oder sich noch einmal vertagen. „Wir haben sehr gute Fortschritte erzielt“, sagte der Vertreter des Internationalen Währungsfonds in der Troika, Poul Thomsen. Auch Rehn sagte, man sei „auf gutem Wege“, eine Einigung zu erzielen. Österreichs Finanzministerin Maria Fekter forderte einen raschen Beschluss: „Ich glaube, dass wir heute zu einer Entscheidung kommen“, sagte sie. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hingegen sagte: „Wir wissen, dass noch lange nicht alle Probleme gelöst sind.“

Vilks warb für den Schritt, den die Partner von Griechenland erwarten: eine Verkleinerung des öffentlichen Sektors. In Lettland sei das längst geschehen. „Wir sind heute in der Lage, in der öffentlichen Verwaltung dieselbe Arbeit mit weniger Beschäftigten zu tun“, sagte er. „Wir können nicht aufhören, wir müssen mit den Reformen weitermachen“, sagte Vilks – schon, weil sein Land nicht dürfe: Lettland hat eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse. „In diesem Jahr werden wir einen ausgeglichenen Primärsaldo erreichen“, sagte er, also – die Zinszahlungen für alte Schulden außen vor gelassen – nicht mehr ausgeben als einnehmen.

Der Euro werde „ein Anker für unsere Wirtschaft“, sagte Vilks. Er rechne mit einem Wachstumsschub durch den Beitritt. Der Finanzminister sagt das auch an die Adresse der Letten. In jüngsten Umfragen sprachen sich nur 38 Prozent für den Euro-Beitritt aus, wiewohl die Frage durch ein Referendum längst positiv entschieden ist. Die Mitte-Rechts-Regierung von Premierminister Valdis Dombrovskis werde Überzeugungsarbeit leisten, um das strategische Ziel der Integration in EU und Euro-Zone bei Bürgern zu verankern. Die Euro-Münzen lettischer Prägung sind schon entworfen, das Motiv knüpft an die kurze Zeit der Unabhängigkeit und Demokratie zwischen den Weltkriegen an. Der Euro-Beitritt, ein Aufbruch in die Freiheit, die die Letten so lange vermissten, soll auch das vermitteln. „Schon bis Ende des Jahres werden wir bei 50 Prozent Zustimmung liegen“, sagte Vilks.

Die Vorteile lägen auf der Hand für eine „kleine, offene Volkswirtschaft“, die ihre Geldpolitik ohnehin nicht völlig unabhängig von den großen Währungsräumen der Welt gestalte. Bei einer Auktion neuer Staatsanleihen im Wert von etwa einer Milliarde Euro denke das Land darüber nach, schon vor dem Euro-Beitritt Schuldtitel in der neuen Währung zu begeben. Vilks kündigte an, dies könne „womöglich schon im dritten Quartal“ dieses Jahres geschehen.

Lettland ist bereit für den Euro, so die Einschätzung von EU-Kommission und Europäischer Zentralbank, deren Gutachten Grundlage für den Beitrittsbeschluss sind. Und Lettland fühlt sich bereit, sagt der Finanzminister. Die Regierung wirbt um die Letten auch mit wirtschaftlichen Daten, als da sind: kräftiges Wachstum, geringe Inflation und eine „wahrnehmbar sinkende Arbeitslosigkeit“. Die Bürger sorgten sich vor allem um „verschiedene potenzielle Schocks“ von außen: neue Pleitegerüchte anderer Länder, Marktturbulenzen, Hilfspakete. Vilks mahnt die Partner: „Das beste für

uns sind weniger beunruhigende Nachrichten aus der Euro-Zone."

Zu Besuch bei den Neuen: Bundespräsident Joachim Gauck (3.v.l.) und Lettlands Staatschef Andris Berzins (3.v.r.) in Riga

VERTIEFUNG DES BINNENMARKTES STOCKT

Die Vertiefung des europäischen Binnenmarktes ist ins Stocken gekommen. Und die EU tut zu wenig, um die Vertiefung des gemeinsamen Marktes voranzutreiben. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Europas-Binnenmarkt – Wirtschaftsraum mit Potenzial“ des **Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)** im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, die der „Welt“ vorab vorliegt. „Die grenzüberschreitende Freizügigkeit innerhalb der EU ist im Vergleich mit anderen Wirtschaftsräumen gering“, schreibt Studienautor Berhold Busch. Der Grund: Es gebe „Mängel bei der Umsetzung der bisherigen Binnenmarkt-Integration“. **Sehr zum Nachteil Europas:** „Eine Revitalisierung des Binnenmarktes kann Teil der Strategie der aktuellen Schuldenkrise sein“, schreibt der Wissenschaftler. „Die Stärkung kann die vielen Strukturreformen flankieren, um den Wettbewerb auf Arbeits- und Produktmärkten zu stärken.“

Der europäische Binnenmarkt fußt auf **vier Grundfreiheiten:** Freier Warenverkehr, freier Personenverkehr, freier Kapitalverkehr und freier Dienstleistungsverkehr. In allen vier Bereichen hat Busch schwere Missstände festgestellt. So ist die **Mobilität der Arbeitskräfte** deutlich geringer als in anderen Wirtschaftsräumen. Dies hat einen handfesten Grund: Nur in sieben von mehr als 800 Berufen erkennen die Länder die Berufsausbildung automatisch an. Daran hätte auch die verabschiedete Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen nichts geändert. Deshalb müssten die EU-Mitgliedsstaaten die **gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen** erleichtern, fordert der Forscher. Auch im **Dienstleistungsbereich** ist die EU vom freien Austausch noch weit entfernt. Während sich bei Waren die Preise zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten angenähert haben, klaffen bei Dienstleistungen noch immer große Preisunterschiede – was für **große Handelshemmnisse** spricht. Deshalb müsse die Dienstleistungsrichtlinie konsequenter angewendet werden, fordert Busch. Denn viele Verpflichtungen aus der Richtlinie seien noch nicht umgesetzt: So unterliegen viele Berufe nationalen Reglementierungen. *mgr*